

POLIZEITHEMEN: EIN GENAUERER BLICK IN DIE WAHLPROGRAMME

Der GdP-Wahlcheck 2021

Nach dem „kleinen“ GdP-Wahlcheck in der DP-Augustausgabe mit Aussagen der Spitzenkandidierenden von CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE nun ein genauerer Blick in die Wahlprogramme der Parteien. Wir stellen diesen ausgewählte GdP-Forderungen aus der laufenden Kampagne **#100fuer100** gegenüber. Es geht um mehr Wertschätzung, bessere Ausstattung und gute Gesetze. Eine Einordnung.

Jeldrik Grups

Wir fordern: Mehr Wertschätzung für unseren Dienst.

Wertschätzung für Polizeiarbeit beginnt mit einem Bekenntnis zur guten Arbeit und der wichtigen Rolle, die Polizeibeschäftigte für die Gesellschaft und die Sicherheit hierzulande einnehmen. In den Wahlprogrammen findet sich ein solches bei fast allen Parteien wieder. DIE LINKE bildet die Ausnahme. Zum Vorschein kommt ein in den Reihen dieser Partei scheinbar vorhandenes Misstrauen gegenüber der Polizei.

Wertschätzung muss sich im Konkreten zeigen. DIE LINKE erkennt zumindest an, dass die „Arbeitsbedingungen für viele Polizist*innen [...] von Belastungen und Überstunden geprägt [sind]“, was sie ändern will, indem „Arbeitsbedingungen verbesser[t]“ werden sollen. Auch fordert sie „eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei“. Die SPD schreibt, sie wolle „die Strukturen der Sicherheitsbehörden“ verbessern, was sich auch in einem „modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen [...] widerspiegeln“ müsse.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben an, der Umstand, dass Deutschland ein siche-

res Land sei, liege „auch an der guten Arbeit der Polizei“, weshalb sie diese stärken wollen – „in der Stadt und auf dem Land, analog und digital“. Am konkretesten sind die Vorschläge der CDU/CSU. Die Union kündigt beispielsweise an, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage prüfen zu wollen. Auch sollen Schadenersatzregelungen im Falle von Beleidigungen im Dienst im Sinne der davon Betroffenen verbessert werden: Der Staat solle die Zahlung an die Beleidigten vorstrecken und sich das Geld nachträglich zurückholen.

Noch kantenschärfer erscheinen die Einlassungen der Parteien zur Wertschätzung bei der Frage, ob und wie sie sich angesichts der seit längerem zunehmenden Gewalt gegen Einsatzkräfte positionieren. Das Spektrum reicht von sehr konkreten strafrechtlichen Vorschlägen (CDU), Forderungen nach besserer Dokumentation (FDP) über eine Leerstelle bei diesem Thema (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beziehungsweise allgemeine Bekenntnisse (SPD) hin zu etwas, das sich eher als eine Umkehr von Ursache und Wirkung lesen lässt (DIE LINKE).

Mitentscheidend für die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten bei der Polizei – somit eng verbunden mit der Wertschätzung – ist, welche Rolle die Parteien für die Aus- und Fortbildung bei der Polizei vorse-

WERTSCHÄTZUNG

CDU CSU

„Polizisten [...] genießen ein besonders großes Vertrauen. Ihrem Einsatz gebühren unser Respekt und unsere Unterstützung.“

SPD

„Polizist*innen und Rettungsdienste wie auch Behördenmitarbeiter*innen [...] verdienen Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit.“

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

„Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.“

**Freie
Demokraten
FDP**

„[...] die große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben.“

DIE LINKE.

„Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt und befördert!“

SICHERHEIT



„... werden wir die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf sechs Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen und damit als Verbrechen einstufen.



„Es ist unakzeptabel, dass Polizist*innen [...] zunehmend angegriffen und beleidigt werden.



keine Aussage



„Wir verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte scharf. Deshalb fordern wir eine bessere Dokumentation von Gewalt und Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.



„Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir rückgängig machen.

AUSBILDUNG

„Wir wollen ... Aus- und Fortbildung verbessern.

„Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist*innen an.

„Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir durch die Ermöglichung von mehr Supervision, Fort- und Weiterbildungen sowie guten Arbeitsbedingungen entgegen

„Wichtige Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling.

„Besondere Belastungen im Dienst sollen regelmäßig, beispielsweise im Rahmen von Supervision, nachbereitet werden.

„Die digitale Kompetenz in den Sicherheitsbehörden wollen wir stärken.

„Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung, Extremismus und Rassismus müssen in der Ausbildung [obwohl sie im internationalen Vergleich besonders gut ist] ebenso wie die Sensibilität für Diskriminierung eine stärkere Rolle spielen.

„Polizist*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung.

„Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen, Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische Betreuung. Ziel ist es, Beamt*innen bei der Bewältigung ihrer Erfahrungen zu unterstützen und die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.

hen. Es beginnt bei unkonkreten, inhaltlich wenig aufschlussreichen Bekenntnissen der CDU/CSU für eine Verbesserung und endet bei den Mitbewerbern mit deutlich zielgerichteteren Plänen. Diese besagen, dass der

Aus- und Fortbildung sowie der Supervision eine Schlüsselrolle zukomme. Die Beschäftigten der Polizei würden gefördert, fit gemacht mit dem Ziel, sie für den Umgang mit den Belastungen und Herausforderungen

des Arbeitsalltags zu stärken. Den Weg des Wie beschreiten die Parteien jedoch sehr unterschiedlich.



DP-Autor Jeldrik Grups ist Gewerkschaftssekretär in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er hat sich über die Programme der Parteien zur Bundestagswahl am 26. September gebeugt.

Foto: privat

AUSSTATTUNG

CDU CSU

„Unsere Sicherheitsbehörden haben wir personell, materiell und strategisch massiv gestärkt. Diesen Weg setzen wir fort.“

SPD

„Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist*innen an.“

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

„Wir streiten für eine technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen.“

**Freie
Demokraten
FDP**

„... fordern eine bessere und funktionale Personal- und Sachausstattung für die Polizei. Dafür wollen wir entsprechende Mittel bereitstellen und die Infrastruktur schaffen.“

DIE LINKE.

„Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende Ausstattung mit Maschinenpistolen, [...] Taser, den Einsatz von Gummigeschossen [...] lehnen wir ab. Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken [...]“

Wir fordern: Eine Ausstattung, auf die wir zählen können.

Zumindest auf abstrakter Ebene lässt sich – mit Ausnahme von DIE LINKE – ein nahezu einhelliges Bekenntnis zu einer notwendigen Verbesserung beziehungsweise Weiterentwicklung der polizeilichen Ausstattung ausmachen. Übrigens sowohl materiell-sachlich als auch personell.

Unterschiede werden vor allem hinsichtlich des Detailgrades der Forderungen sowie mit Blick auf die Zielrichtung der angestrebten Verbesserungen von Personal- und Sachausstattung und deren sachlich-inhaltlicher Schwerpunktsetzung erkennbar.

CDU/CSU haben als einzige die „flächendeckende Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohnräumen“ im Wahlprogramm als explizites Ziel benannt. Dadurch wollen sie ermöglichen, dass „Einsatzsituationen beweisicher aufgezeichnet, Angreifer erkannt und Straftaten leichter verfolgt werden“. Bei den meisten anderen Parteien (außer DIE LINKE, der eher eine Rück- als eine Weiterentwicklung der polizeilichen Ausstattung vorzuschweben scheint) wird eine politische Notwendigkeit für eine Verbesserung der Ausrüstung deutlich – und zwar vor al-

lem im Digitalen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwa sind der Meinung, „[s]ichere und leistungsfähige Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT und klar geregelten Kompetenzen, ist [...] eine Grundvoraussetzung moderner Polizeiarbeit“. Und auch die FDP möchte „mit einem Digitalpakt dafür sorgen, dass Polizistinnen und Polizisten in Deutschland mit dem neuesten Stand der Technik und mit kompatiblen IT-Infrastrukturen ausgerüstet sind“. Ähnlich auch die SPD, die nötige Verbesserungen der Ausstattung der Polizei in Verbindung mit digitalem Fortschritt bringt, indem sie zugibt: „Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden.“

Bei der ausreichenden personellen Ausstattung sind sich die Parteien weitestgehend einig. Selbst DIE LINKE gesteht ein, dass es „mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen [brauche], das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann“ – eine Forderung, die sich ganz ähnlich bei CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liest. Auch sie sprechen sich für eine stärkere Polizeipräsenz im öffentlichen Raum aus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußert sich jedoch konkreter als die anderen Parteien. Sie will einerseits „[d]en früheren Personal-

abbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt [...] durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben und gleichzeitig spezialisierte Ausbildungen und Studiengänge ermöglichen“. Zugleich wird „mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes – Personal“ gefordert. Dieses solle „gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können“. Ideen, wie solch spezialisiertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen sei, erläutert wiederum die CDU. Sie schlägt vor, dass „neue Wege etwa bei der Vergütung beschritten werden, insbesondere im Bereich hochspezialisierter IT-Berufe. Die Einführung von Zulagen für IT-Fachkräfte ist ein richtiger Schritt, wird aber nicht ausreichen. Es erfordert grundsätzlich mehr Kreativität bei der Personalgewinnung und eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes über Ressortgrenzen hinweg sowie zwischen Bund, Ländern und Kommunen“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zufolge ist im öffentlichen Dienst zudem künftig „bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten“. Ein Anliegen, dass DIE LINKE teilt. Sie fordert, die „Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln. Mittel dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.“

Wir fordern: Gute Gesetze für gute Polizeiarbeit.

Durchaus kontrovers stellen sich die Parteipläne für mögliche Weiterentwicklungen

der gesetzlichen Grundlagen für gute Polizeiarbeit dar.

Vor dem Hintergrund konkreter Rechtsgrundlagen für Polizeiarbeit erweist sich die Vorratsdatenspeicherung als das heißeste Eisen. Mit Ausnahme der SPD wird diese in allen anderen Programmen thematisiert. Sehr unterschiedlichen Ansichten äußern

die meisten Parteien – außer die SPD – zudem zur „Quellen-TKÜ“ und Online-Durchsuchung.

Heterogene Positionen können auch bei der „Automatisierten Gesichtserkennung im öffentlichen Raum“ leicht herausgearbeitet werden. Hinsichtlich dessen, was Künstliche Intelligenz (KI) für die Polizeiarbeit

GESETZE / POLIZEIARBEIT



„Zeitgemäße[...] Kompetenzen und Befugnisse. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung kontrolliert werden darf. Den bislang für die Bundespolizei geltenden Grenzkorridor wollen wir dafür ausdehnen.



keine Aussage



„... für eine [...] zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen. Wir werden die Kontrollbefugnisse der Bundespolizei so ausgestalten, dass sie nicht mehr zu Racial Profiling führen



„Statt immer weitergehender Überwachungsbefugnisse wollen wir Polizei und Justiz von unnötiger Bürokratie befreien. [D]ie besten Gesetze helfen nicht weiter, wenn sie [...] nicht durchgesetzt werden können.



„Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei lehnen wir ab. Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern: Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagrafen wie im Bundespolizeigesetz müssen gestrichen werden.

VORRATSDATENSPEICHERUNG

„... eine grundrechtskonforme Regelung [...] zu schaffen, die den Einsatz der sogenannten Vorratsdatenspeicherung als schärfster Waffe im Kampf gegen den Kindesmissbrauch ermöglicht.

keine Aussage

„... die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, [...] lehnen wir ab.

„... lehnen die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten ab. Dies gilt insbesondere für die [...] Vorratsdatenspeicherung [...]. Stattdessen schlagen wir Quick-Freeze-Verfahren als grundrechtsschonende Alternative vor.

„Die Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunkverbindungen und -standorten muss verboten werden.

künftig leisten soll, haben sich CDU/CSU explizit positioniert. So sollen zum einen „Eingriffsbefugnisse angepasst werden. Dazu gehört, die Möglichkeit der Künstlichen Intelligenz zu nutzen, um frühzeitig Strukturen erkennen und ihnen entgegenwirken zu können. Daten, die bei Ermittlungen anfallen, können so besser und zielgerichteter ausgewertet werden“. Des Weiteren spricht sich die Union dafür aus, künftig softwaregestützte Werkzeuge verstärkt zum Einsatz

kommen zu lassen, mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen ließen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußern sich – auch zum Themenfeld KI – nicht explizit mit klarem Bezug zur Polizeiarbeit, wohl aber allgemein mit Blick „auf KI in der Verwaltung“. Sie fordern „strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung“.

QUELLEN-TKÜ / ONLINE-DURCHSUCHUNG

CDU CSU



„Die Voraussetzungen für die Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung – sowohl bei der Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung – wollen wir bundesweit anpassen, sodass diese Instrumente rechtssicher und effektiv eingesetzt werden können.

keine Aussage



„... das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) lehnen wir ab.

Freie Demokraten
FDP

„Solange nicht sicher gestellt ist, dass der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Menschen geschützt ist, hat [der Einsatz von Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung] zu unterbleiben.

DIE LINKE.

„Quellen Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) müssen verboten werden.

GESICHTSERKENNUNG

„Um die Fahndung nach schweren Straftätern, Gefährdern und Terroristen zu verbessern, wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserkennung an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann.

keine Aussage

„Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Gesichtserkennung, lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, ab.

„... lehnen den Einsatz der automatisierten Gesichtserkennung ab.

„Automatisierte Gesichtserkennung wollen wir verbieten. Wir brauchen stattdessen mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann.